



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Karstedt: Grundsätzliches zur Kolonialfrage

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Grundsätzliches zur Kolonialfrage

Von Dr. Karstedt



In Nummer 38 dieser Zeitschrift hat Herr Dr. Carl Zentsch unter der Überschrift „Wo liegt unser Kolonialland“ Vorschläge entwickelt, die zweifelsohne sehr beachtenswert sind, auch nicht zuletzt deshalb, weil sie geeignet erscheinen, die Erörterung darüber, wie wir uns zur Frage des zukünftigen überseeischen Deutschland zu verhalten haben, neu zu beleben und neu zu befruchten. Immerhin glaube ich Verschiedenes nicht unwidersprochen lassen zu dürfen, nicht zuletzt auch deshalb, weil das koloniale Problem vielfach bei uns noch nicht genügend oder überhaupt unzutreffend gewürdigt wird.

Als man am Ausgang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland begann, sich unter dem Einfluß namentlich von Dr. Hübbe-Schleiden mit der Frage: Kolonialpolitik oder nicht? zu beschäftigen, lebten wir in einer Zeit, die uns zwang, jährlich Hunderttausende von Deutschen an das Ausland abzugeben, weil wir ihnen nicht Arbeit und damit Brot genug bieten konnten. Die Frage, ob wir uns Kolonialland in Europa schaffen könnten, trat bei der damaligen politischen Konstellation völlig zurück, und wenn es auch noch einige Jahrzehnte dauerte, bis die Überzeugung von der Notwendigkeit eigenen Kolonialbesitzes Allgemeingut des größeren Teils der Bevölkerung geworden war, so herrschte doch, abgesehen von einigen politischen Außenseitern, kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß wir ohne eigenen Kolonialbesitz aus verschiedensten Gründen nicht auskommen könnten. Der auf Übersee gerichtete Blick hat, wie zugegeben werden muß, dabei im Verein mit anderen Faktoren leider vielfach das Auge für die nahe liegenden Dinge getrübt, und wir wissen es alle, wie wenig uns vor dem Krieg die Not der Deutschen in Österreich und in Rußland gekümmert hat.

Darin hat der Krieg nun mit einmal wieder einen Wandel hervorgerufen und man möchte sagen, in echt deutscher Weise wird dabei vielfach das Kind

mit dem Bade ausgeschüttet. Zurück schweift der Blick wieder von Übersee auf die nahe liegenden Teile Europas, wie Kurland, Polen usw., und die Nahrungsmittelknappheit während des Krieges schafft den Erwägungen, wie wir uns unser Brot in Zukunft schaffen, eine besondere Popularität. Dazu kommt, daß die alten romantischen Erinnerungen an die Zeit des Deutsch-Ritter-Ordens dem deutschen Gemüt zu nahe liegen, als daß sie nicht ihren Einfluß ausübten. Überhaupt lassen die Erörterungen über unsere Zukunft dem Gefühl vielfach einen sehr breiten Spielraum, während das rein Verstandesmäßige, namentlich soweit es unsere Wirtschaft zum Gegenstand hat, leider meistens nicht die genügende Beachtung findet. Es sei deshalb gestattet, in wenigen Zeilen hier zu erörtern, in welcher Weise wir denn überhaupt hinsichtlich der Schaffung von Brot und Arbeit für unsere Bevölkerung von Faktoren außerhalb unserer Grenzen abhängig waren.

Es ist bekannt, in welchem Maße wir in den letzten Jahrzehnten uns vom reinen Agrarstaat zum vorzugsweisen Industriestaat entwickelt haben. Wenn 1882 bei einer Gesamtbevölkerung von 45,2 Millionen 29,2 gleich 42,5 Prozent in der Landwirtschaft beschäftigt waren, während auf Industrie und Handel 45,5 Prozent entfielen, so hatte sich das Verhältnis 1907 bei einer Gesamtbevölkerung von 61,7 Millionen schon so verschoben, daß auf die Landwirtschaft nur noch 28,7 Prozent und auf Industrie und Handel aber 56,4 Prozent entfielen. Wenn 1871 nur 2 Millionen Menschen in Städten mit über 100 000 Einwohnern und 13 Millionen in Orten zwischen 2000 und 100 000 Einwohnern lebten, so beherbergten unsere Großstädte im Jahre 1910 13,8 Millionen, also mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Betrug 1885 der Wert der Gesamteinfuhr an Rohstoffen für Industriezwecke einschließlich der Halbfabrikate nur 1,2 Milliarden Mark, so hatte sich dieser Betrag bis 1913 auf das fünffache, nämlich auf 6,24 Milliarden vermehrt. Umgekehrt betrug der Wert der 1885 ausgeführten Fabrikate nur 1,8 Milliarden, während er 1913 auf 6,4 Milliarden gestiegen war. Der Rohstoffbedarf bzw. die Ausfuhr von Fertigwaren war somit zu einem der stärksten Faktoren unserer gesamten Volkswirtschaft geworden. Mag man diese Entwicklung zum Industriestaat nun begrüßen oder bedauern: auf jeden Fall kommen wir nicht um die Frage herum, wie wir die Zukunft unserer Bevölkerung, die nach dem Gesagten im wesentlichen an die sich ihr in der Industrie bietenden Erwerbsmöglichkeiten gebunden ist, wieder Arbeit und damit Brot verschaffen. In den siebziger und achtziger Jahren fehlte uns diese Möglichkeit noch und die Folge war die in die Millionen gehende Auswanderung, die uns zahlreiche und nicht die schlechtesten Kräfte für immer entführt hat. Sollen wir in Zukunft wieder Gefahr laufen, daß wir unserer Industriebevölkerung nicht mehr Arbeit geben können? Die Antwort darauf kann doch nur ein blankes Nein sein, gerade nach dem Verlust an Arbeitskraft, die uns der Krieg auferlegt hat und nicht zum mindesten nach dem Glend, das der Krieg vielfach hinsichtlich des Deutschtums im Ausland gezeigt hat.

Tatsächlich liegt aber die Gefahr vor, daß es uns an Rohstoffen für unsere Industrie und damit an Arbeitsgelegenheit mangelt. Ich will nur an die Baumwollfrage erinnern, die in unserem volkswirtschaftlichen Dasein eine so bedeutende Rolle spielt, daß in einzelnen Teilen Deutschlands nahezu die Hälfte der Bevölkerung von der Sicherung der Baumwollzufuhr abhängt. Wir zahlten in den letzten Jahren jährlich etwa 600 Millionen Mark für Baumwolle an Amerika und England und waren, da die Baumwollernten in unseren eigenen Kolonien noch keine sonderliche Rolle spielten, auf Gnade und Ungnade den Preistreibern der New Yorker Baumwollspekulanten ausgeliefert. Der Preis für Baumwolle hat ohne Not und nur beeinflusst durch eben diese Spekulanten im Laufe desselben Jahres häufig um die Hälfte seiner Durchschnittshöhe geschwankt. Wenn man berücksichtigt, daß die Verteuerung der Baumwolle nur um 10 Pfennig für das Pfund — tatsächlich sind ganz andere Preistreibern vorgekommen — Deutschland mit einer Mehrausgabe von jährlich 100 Millionen Mark belastet, so wird man ermessen können, daß wir alles Interesse daran haben, uns soweit wie möglich, von derartigen Unzuträglichkeiten frei zu machen. Gewiß kann behauptet werden, daß ein noch so großes Kolonialreich uns niemals gänzlich von der Abhängigkeit vom Ausland freimachen würde, aber den Grad von Unabhängigkeit könnte es uns auf jeden Fall geben, der uns erlaubt, uns in der Zukunft nicht mehr auf Gnade und Ungnade der New Yorker Börse zu überlassen.

Was von Baumwolle gilt, gilt übrigens ähnlich auch von anderen wichtigen kolonialen und subtropischen Rohstoffen. Es sei hier nur an die Pflanzenfette erinnert, die wir im Wert von mehreren hundert Millionen Mark in der Hauptsache aus den westafrikanischen Kolonien Englands beziehen mußten. Die Ernte Westafrikas an Ölröhstoffen ging zu sieben Achten nach Deutschland. Deutschland versorgte mit seinen Ölmühlen Amerika, England, Dänemark usw. In richtiger Erkenntnis der Abhängigkeit Deutschlands von den westafrikanischen Ölpalmenbeständen hat England kürzlich einen Zoll von 2 Pfund auf jede nach nicht englischen Gebieten ausgeführte Tonne Palmkerne gelegt. Dieser Zoll kann nach Bedarf auf 3,5 Pfund erhöht werden und ist zunächst für die Dauer des Krieges und 5 Jahre nach ihm festgesetzt. Das bedeutet nichts anderes, als daß damit der deutschen Pflanzenfettindustrie zu Gunsten der bisher noch völlig in den Kinderstühlen steckenden englischen das Genick abgedreht wird. Der amerikanische Seifenproduzent wird in Zukunft sein Öl billiger von England beziehen als von Deutschland, und ähnlich werden die Buttererzatzmittel, die etwa Skandinavier verbraucht, billiger von England zu beziehen sein. Was uns aber nebenbei noch an dieser Tatsache zu interessieren hat, das ist der Umstand, daß auch unsere Landwirtschaft dabei der leidtragende Teil ist. Wir haben in den letzten Jahrzehnten, nachdem der Anbau von Raps und Rübsen in Deutschland zu Gunsten anderer Kulturen aufgegeben worden war, jährlich Millionen und Abermillionen Mark namentlich an englische und französische Kolonien zahlen

müssen, um für unsere Viehhaltung die nötigen Kraftfuttermittel zu bekommen. Die deutsche Industrie, die bisher einen immerhin beträchtlichen Teil von Prekrüdständen an die Landwirtschaft abführte, würde bei dem obengenannten Zoll nicht mehr dazu imstande sein und die Folge wäre einfach die, daß England auch als Lieferant für einen wertvollen Teil der landwirtschaftlichen Bedürfnisse in Betracht käme.

Die Gesamtmenge an tropischen und subtropischen Rohstoffen, die die deutsche Industrie und Landwirtschaft in den letzten Jahren vor dem Krieg brauchte, belief sich auf rund ein Drittel unserer gesamten Einfuhr, also über 3 Milliarden Mark. England als altes Kolonialland trat damit für unsere Wirtschaft in einer Art in Erscheinung, die manche Zweige unserer Volkswirtschaft völlig von ihm abhängig machten.

Nun könnte eingewendet werden, daß es uns gleichgültig sein könne, ob wir unsere Rohstoffe von englischen oder französischen oder deutschen Kolonien beziehen, um so mehr, da der Handel immer dem günstigsten Angebot folgt und infolgedessen nicht mit einer absoluten Verbilligung des von uns Benötigten durch eigenen Kolonialbesitz zu rechnen wäre. Gegen diese Auffassung kann aber nicht scharf genug Einspruch erhoben werden. Gewiß könnte es für die deutsche Volkswirtschaft gleichgültig bleiben, wer ihr das Fell über die Ohren zieht, wenn es sich nur um unbedeutende und nicht ins Gewicht fallende Beträge handelt. Es handelt sich aber, wie gesagt, um Milliardenwerte und ein großer Teil des deutschen Nationalvermögens geht uns einfach aus dem Grunde verloren, weil die fremden Kolonien das Prinzip der offenen Tür nicht durchgeführt haben. England selbst hat in seinen Selbstverwaltungskolonien seinen eigenen Handel teilweise bis zu $33\frac{1}{3}$ Prozent begünstigt, ähnlich Frankreich, und in allerhöchstem Maß Portugal, das für seinen Handel bzw. seine Schifffahrt Vorzugszölle bis zu 90 Prozent kennt. Was die auf dem Papier stehende „Offene Tür“ in der Praxis bedeutet, hat uns doch das Beispiel Marokkos in den letzten Jahren vor dem Krieg deutlich genug gezeigt, und was sich in Marokko gezeigt hat, hat sich auch mehr oder weniger in den übrigen Kolonien herausgestellt. Von Britisch-Indien z. B. bezogen wir im Jahre 1913 fast ebensoviel wie von dem europäischen Frankreich, nämlich für 542 Millionen Mark. Absetzen dahin konnten wir dagegen nur für 151 Millionen Mark. Der Australische Bund lieferte uns für 156,1 Millionen Mark, also ebensoviel wie Italien, nahm uns aber nur für $88\frac{1}{2}$ Millionen Mark ab. Ähnlich ungünstig für uns stellte sich das Verhältnis für Britisch-Westafrika (134,5 zu 16,7), Ägypten (118,4 zu 43,4), Algerien (34,6 zu 6,2) usw. Diese Zahlen bedeuten doch nichts anderes, als daß ein großer Teil des Bezugs von fremden Kolonien nicht mit Waren bezahlt werden konnte, sondern in Barzahlungen ausgeglichen werden mußte. Praktisch aber heißt doch das nichts anderes als Verlust an Nationalvermögen.

Es sei nochmals betont, daß der Optimismus in Kolonialkreisen nicht so

weit geht, zu erwarten, daß ein deutsches Kolonialreich in stande sei, Deutschland gänzlich unabhängig von dem Ausland zu machen. Diese Forderung aufstellen, hieße Unmögliches verlangen, ganz abgesehen davon, daß sie praktisch niemals durchführbar und vielleicht auch gar nicht wünschenswert ist. Aber wie gesagt: die Tendenz scheint immer mehr dahin zu gehen, und namentlich sind es die großen Märkte London und New York, die darauf hinzielen, die großen Welthandelsgüter mehr und mehr zu monopolisieren. Auf der Pariser Wirtschaftskonferenz hat England bekanntlich noch den Versuch gemacht, das russische Getreide seinen Zwecken dienstbar zu machen. Was beim Getreide mißglückt ist, ist früher den Amerikanern bezüglich der Baumwolle gelungen und ähnlich, wenn auch nicht in solchem Umfang, den Engländern hinsichtlich des Kautschuks und anderer wichtiger Rohstoffe. Sich mit der politischen Unabhängigkeit zu begnügen, ist aber ein Unding, wenn ihre Nährmutter, die wirtschaftliche, nicht vorhanden ist. Die deutsche Volkswirtschaft befand sich aber tatsächlich in einer Abhängigkeit vom Auslande und namentlich von dem kolonialreichen England, die einer Tributpflicht verzweifelt ähnlich sah.

So viel über die wirtschaftliche Seite der Kolonialfrage.

Fast noch dringlicher stellt sie sich, wenn wir sie unter dem nationalpolitischen Gesichtspunkt betrachten. Was verschaffte denn England die Kontrolle über die Meere? Nicht die Tatsache, daß seine geographische Lage in Europa verhältnismäßig günstig ist, denn ähnlich günstig und vielleicht noch günstiger ist die Frankreichs. Ist es nicht vielmehr der Umstand, daß England im konsequenten Ausbau seines Kolonialreichs sich überall auf der ganzen Welt Bollwerke und Vorwerke seiner Macht geschaffen hat, die teilweise gar nichts kolonienartiges mehr an sich haben, die vielmehr darüber hinaus gewachsen, nicht mehr untergeordnete Glieder, sondern selbstschaffende Teile des britischen Organismus geworden sind? Den Indischen oder Stillen Ozean beherrscht England keineswegs von England aus, sondern von den großen Landteilen, die es sich in Südafrika und in Indien geschaffen hat. Wir haben seinerzeit in Deutschland mit Begeisterung den Gedanken der Auslandsflotten aufgenommen und geglaubt, etwas Großes in ihnen geschaffen zu haben. War aber nicht der ganze Gedanke eine Halbheit? Was nützten uns die Flotten, wenn wir ihnen die Stützpunkte nicht gaben, wenn wir ihnen nicht die Möglichkeit schufen, in gesicherten Häfen mit entsprechend großem Hinterland einen ständigen Rückhalt zu finden? So hoch man die Taten der Kreuzer „Emden“, „Königsberg“ und wie sie alle heißen, einschätzen mag, im Rahmen des ganzen Weltkrieges waren sie doch belanglos! Stellen wir uns auf der anderen Seite aber einmal vor, wie sich der gesamte Kaperkrieg hätte entwickeln können, wenn Deutschland rechtzeitig aus dem Auslandsflottengedanken die Konsequenz gezogen und durch Schaffung ausreichender Verteidigungsmöglichkeiten in seinen Kolonien dafür Sorge getragen hätte, daß die Kreuzer nicht in dem Augenblick, wo sie ihre Tätigkeit beginnen sollten, zu einem zwar ruhmreichen, aber

mehr oder weniger nutzlosen Tode verurteilt waren. Man hat zwar behauptet, daß als Stützpunkte kleine befestigte Plätze genügten. Vor einer ernstern Kritik wird aber eine solche Behauptung gerade nach den Erfahrungen, die wir mit Kiautschou gemacht haben, kaum standhalten können. Das englische Beispiel jedenfalls sollte es eindringlich genug beweisen, daß Flottenpolitik ohne Kolonialpolitik ein Unding ist.

Die Forderung eines ausreichend großen hinlänglich verteidigungsfähigen und durch die Natur gut ausgestatteten Kolonialreichs ist somit eine Forderung selbständiger Natur, die mit anderen politischen, vielleicht auch sehr notwendigen Forderungen, gar nicht verquickbar ist. Gewiß brauchen wir eine Erweiterung unseres deutschen Gebiets, um uns die Schaffung von Brot zu sichern. Geben wir uns aber andererseits keinen Illusionen darüber hin, daß eine noch so große Erweiterung des deutschen Gebiets in Europa diese Forderung nicht restlos erfüllen kann. Die Hunderte von Millionen, die wir ans Ausland für Brotgetreide, Fleisch usw. zahlen mußten, können zum Teil gewiß eingespart werden, wenn uns der Krieg eine Erweiterung der Grenzen nach dem Osten schafft. Restlos wird das aber nicht zu erlangen sein, ebenso wenig wie restlose wirtschaftliche Unabhängigkeit von dem Ausland hinsichtlich des Rohstoffbezugs. Das Ganze nicht erlangen können, kann aber nicht dazu verführen, auf den Wunsch, möglichst viel zu bekommen, Verzicht zu leisten.

